

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	13
Einführung.....	17
Definition des Begriffs „Selbstgespräch“ sowie Abgrenzungen.....	21
Die Verwertbarkeit von Selbstgesprächen im Strafverfahren	25
1. Kapitel: Unselbständige Verwertungsverbote bei Selbstgesprächen	27
A. Bisheriger Meinungsstand zu den unselbständigen Verwertungsverböten	28
I. Rechtskreistheorie.....	28
II. Abwägungslehre	29
III. Beweisbefugnislehre	30
IV. Informationelle Lehre.....	31
V. Schutzzwecklehre.....	31
B. Stellungnahme	32
C. Herausarbeitung der unselbständigen Verwertungsverböte nach Maßgabe der Schutzzwecklehre	34
I. Der Begriff der „Wohnung“	35
II. Unselbständige Verwertungsverböte im Rahmen des großen Lauschangriffs	36
1. Fehler auf formeller Ebene.....	36
a) Zuständigkeit für die Anordnung, § 100 d Abs. 1 StPO	36
aa) Die Rechtsprechung des BGH	37
(1) Fehlende richterliche Anordnung für eine Telefonüberwachung	37
(2) Fehlende richterliche Anordnung für eine Wohnungsdurchsuchung.....	38
(3) Neuerliches Urteil zur fehlenden richterlichen Anordnung bei einer Wohnungsdurchsuchung.....	39
(4) Anwendung der BGH-Rechtsprechung auf den Verstoß gegen die Anordnungsbefugnis des § 100 d Abs. 1 S. 1, S. 2 StPO	42
bb) Auffassungen in der Literatur	43
cc) Eigene Lösung nach Maßgabe der Schutzzwecklehre	45
b) Negative Kernbereichsprognose nach § 100 c Abs. 4 S. 1 StPO.....	47
aa) Der Indikator „Art der zu überwachenden Räumlichkeiten“	48
bb) Der Indikator „Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander“	49
cc) Der Indikator „Alleinsein der überwachten Person mit sich selbst“	50
dd) Negative Kernbereichsvermutung: Straftatenbezug eines „Gesprächs“	50
c) Maßnahmedauer, § 100 d Abs. 1 S. 4 StPO	52

d) Schriftform und qualifizierte Begründungspflicht, § 100 d Abs. 2 und Abs. 3 StPO	54
2. Fehler auf materieller Ebene	57
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	57
b) Eigene Lösung nach Maßgabe der Schutzzwecklehre	58
aa) Verdacht einer besonders schweren Straftat, § 100 c Abs. 1 Nr. 1 StPO	58
bb) Weitere materielle Voraussetzungen des § 100 c StPO	59
III. Unselbständige Verwertungsverbote im Rahmen des kleinen Lauschangriffs	60
1. Fehler auf formeller Ebene	60
2. Rechtsverstöße auf materieller Ebene	62
D. Die Hypothese rechtmäßigen Alternativverhaltens – Heilung von Verfahrensfehlern?	63
I. Berücksichtigungsfähigkeit der Hypothese im Strafverfahren	63
II. Heilung der bei Selbstgesprächen in Betracht kommenden Verfahrensfehler	64
E. Zusammenfassung des 1. Kapitels	66
2. Kapitel: Selbständiges Verwertungsverbot bei Selbstgesprächen	69
A. Kernbereichsrelevanz von Selbstgesprächen – Verwertungsverbot von Verfassungen wegen .	69
I. Die Verwertungsproblematik bei Selbstgesprächen im Lichte der Rechtsprechung	71
1. Die Rechtsprechung des BVerfG zum Kernbereich im Strafverfahren	71
a) Die Tagebuchentscheidung	73
aa) Formales Element des „Geheimhaltungswillens“	74
bb) Materielles Element der „Höchstpersönlichkeit des Inhalts“	74
cc) Ausschlusskriterium: Straftatenbezug des Sachverhalts	75
b) Urteil zum großen Lauschangriff	76
2. Darstellung der Urteilsgründe des BGH in den „Selbstgesprächsfällen“	78
a) Urteilsbegründung im „Krankenzimmerfall“	78
b) Urteilsbegründung im „Mord ohne Leiche“-Fall	79
3. Urteilsbewertung nach den Maßstäben des BVerfG	81
a) Der Geheimhaltungswille	81
b) Höchstpersönlichkeit des Selbstgesprächsinhalts	82
c) Ausschlusskriterium des Straftatenbezugs	82
d) Ergebnis der Urteilsbewertung	84
4. Einordnung der Entscheidungen in die bisherige Rechtsprechung des BGH zum Kernbereich im Strafverfahren	86
5. Lösungsansatz: Das Konzept typologischer Begriffsbildung	89
a) Faktoren, welche „Höchstpersönlichkeit“ ausmachen	91

aa) Das Merkmal „Thematik eines Gesprächs“	91
bb) Der Faktor „Anzahl der Kommunizierenden“	91
cc) Der Faktor „Verwendung von Kommunikationsmedien“	92
dd) Die Faktoren „Vertrauensverhältnis der Kommunizierenden“ und „räumliche Situation“	93
b) Die den Kernbereich verletzenden staatlichen Handlungen	93
aa) Verknüpfung von Informationen bzw. Kumulierung von Maßnahmen	93
bb) Spezifisches Rundumüberwachungspotenzial/Dauer einer Maßnahme	94
cc) Einbeziehung von Kontaktpersonen in die Überwachung	94
c) Anwendung des Konzepts auf die Selbstgesprächsproblematik	95
d) Stellungnahme	96
6. Versuch einer Rechtfertigung der abweichenden Behandlung von Selbstgesprächen	98
a) Geringere Missbrauchsgefahr bei Selbstgesprächen	98
b) Mangelnde Verständlichkeit bzw. unwillkürliches Auftreten von Selbstgesprächsinhalten	99
c) Vertrauen des sich Äußernden	99
d) Stellungnahme	100
II. Entwicklung eines Lösungsansatzes	101
1. Bestimmung der Reichweite des Kernbereichs	101
2. Der Schutz von straftatenbezogenen Selbstgesprächsinhalten	102
3. Kernbereich der allgemeinen Handlungsfreiheit	107
a) Maßgebliche Entscheidungen des BVerfG zum Schutzgut der „Handlung“	107
aa) Homosexuellen-Urteil	107
bb) Mikrozensus-Entscheidung	109
cc) Entscheidungsakten-Entscheidung und Beschluss zum Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter	109
dd) Entscheidung zum Geschwisterinzest	110
b) Anwendbarkeit des handlungsbezogenen Ansatzes im Strafverfahren	111
c) Übertragung des handlungsbezogenen Kernbereichskonzepts auf die Problematik des Selbstgesprächs	115
4. Die Bedeutung der Freiheit des Denkens für die Verwertbarkeit von Selbstgesprächen	117
B. Schlussfolgerungen	119
I. Kriterien zur Bestimmung eines Selbstgesprächs	119
II. Die Verwertbarkeit sonstiger mündlicher Äußerungsformen	122
1. Das Zwiesgespräch	122

2. Das Gebet	123
3. „Gespräche“ an einem Grab oder mit Tieren.....	124
4. Das Diktat in ein Aufnahmegerät	124
III. Beweiserhebungsverbot für das Alleinsein einer Person.....	125
3. Kapitel: Die Verwertbarkeit entlastender Selbstgesprächsinhalte	131
A. Der Meinungsstand zur Frage der Berücksichtigungsfähigkeit entlastender Informationen.	133
I. „Verwertungsverbote sind auch Entlastungsverbote“	133
II. „Entlastung zulässig, sofern Verwertungsverbot disponibel“	134
1. Disponibilität eines Verwertungsverbots	134
2. Disponierung mittels Widerspruchs bzw. Zustimmung	135
3. Disponibilität der Verwertungsverbote bei Selbstgesprächen	138
a) Disponibilität der unselbständigen Verwertungsverbote	138
aa) Der Verstoß gegen formelle Voraussetzungen der §§ 100 c und 100 f StPO.....	138
bb) Der Verstoß gegen materielle Voraussetzungen der §§ 100 c und 100 f StPO	140
b) Disponibilität des Verwertungsverbots von Verfassungen wegen.....	140
III. „Verwertungsverbote sind generell lediglich Belastungsverbote“	141
B. Stellungnahme	142
C. Die Bedeutung entlastender Informationen für Mitbeschuldigte	145
I. Die personelle Reichweite des Verwertungsverbots von Verfassungen wegen	146
II. Die Berücksichtigungsfähigkeit entlastender Informationen zugunsten von Mitbeschuldigten	148
4. Kapitel: Die Behandlung des aufgrund eines Selbstgesprächs mittelbar erlangten Beweismittels – Fernwirkung der Verwertungsverbote?.....	151
A. Abwägung im Einzelfall	152
B. Befürwortung einer Fernwirkung.....	154
C. Stellungnahme sowie Auswirkungen beim Selbstgespräch	156
5. Kapitel: Die Erlangung des Beweismittels „Selbstgespräch“ durch Private	159
A. Verwertungsverbot bei staatlich veranlasster Aufzeichnung eines Selbstgesprächs durch Private	160
I. Rechtsprechung des BGH zur „Hörfalle“ bzw. „U-Haft“	161
II. Konsequenzen der Rechtsprechung für die staatlich veranlasste Erfassung von Selbstgesprächen	163
B. Verwertungsverbot bei eigenverantwortlicher Aufzeichnung eines Selbstgesprächs durch Private	164
I. Verwertungsverbot aus dem Verstoß gegen die materiell-rechtliche Strafvorschrift des § 201 Abs. 1 StGB	165

1. Der Tatbestand des § 201 Abs. 1 Nr. 2 Alt. 1 StGB.....	167
a) Die Frage nach der „Nichtöffentlichkeit“ beim Selbstgespräch.....	167
b) Die „Unbefugtheit“ der Aufnahme i.S.v. § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB.....	168
c) Vorsätzliches Gebrauchen der Aufnahme durch den Richter	171
II. Ergebnis	172
6. Kapitel: Neubewertung der Verwertungsproblematik bei Tagebüchern.....	173
A. Der bisherige Meinungsstand zur Verwertbarkeit von Tagebüchern.....	177
I. Der erste „Tagebuchfall“	177
II. Der zweite „Tagebuchfall“	179
1. Die Entscheidung des BGH	180
2. Die Entscheidung des BVerfG	181
B. Übertragung der für das Selbstgespräch entwickelten Lösungsansätze	182
I. Der Vorgang des „Schreibens“ als Schutzgut des Kernbereichs.....	183
II. Der Inhalt des Tagebuchs als Schutzgut des Kernbereichs	185
C. Schlussfolgerungen	186
I. Die Frage der Bindungswirkung der Tagebuchentscheidung.....	187
II. Beweiserhebungsverbot bei „klassischen“ Tagebüchern	188
Fazit	191
Literaturverzeichnis.....	197